

Kromphardt, Jürgen

Article — Digitized Version

Über eine Währungsunion zur Wirtschaftsunion

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Kromphardt, Jürgen (1990) : Über eine Währungsunion zur Wirtschaftsunion, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 70, Iss. 3, pp. 128-133

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/136614>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Jürgen Kromphardt

Über eine Währungsunion zur Wirtschaftsunion

In der Februarausgabe des WIRTSCHAFTSDIENST veröffentlichten wir ein Zeitgespräch zum Thema „Eine Wirtschafts- und Währungsunion mit der DDR?“¹. Professor Jürgen Kromphardt und Professor Wolfgang Filc nehmen zu dieser Frage noch einmal Stellung.

Die Teilnehmer am Zeitgespräch in der Februar-Ausgabe des „Wirtschaftsdienst“ haben die verschiedenen Aspekte einer Wirtschafts- und Währungsunion mit der DDR diskutiert und dabei aus gleichen Überlegungen zum Teil entgegengesetzte Schlüsse gezogen. Deshalb wird hier diese Problematik konsequent von dem Gesichtspunkt aus behandelt, daß dringend gehandelt und Zeichen gesetzt werden müssen, um die Bürger der DDR zum Bleiben zu veranlassen und dadurch sowohl die Wirtschaft der DDR vor dem Zusammenbruch zu bewahren als auch den westdeutschen Wohnungs- und Arbeitsmarkt nicht noch weiter zu überfordern.

In der Währungsfrage steht die DDR vor einem zentralen Dilemma: Um ihren Bürgern einen Anreiz zu geben, im Land zu bleiben, müssen diese einerseits in die Lage versetzt werden, westliche Konsumgüter zu kaufen und Reisen ins westliche Ausland zu finanzieren. Für diesen Zweck ist es wünschenswert, den Wert der DDR-Mark möglichst hoch anzusetzen, also einen für Mark-Besitzer günstigen Währungskurs zu etablieren (z.B. 1:1). Nur dann erhält das Einkommen der DDR-Bürger eine einigermaßen akzeptable Kaufkraft für Auslandsgüter und Auslandsreisen, auch wenn es im Durchschnitt nur halb so hoch ist wie das Einkommen der Bundesbürger. Andererseits ist es für die Wettbewerbsfähigkeit der DDR-Unternehmen gegenüber westlichen Waren vorteilhaft, wenn die Mark der DDR möglichst niedrig bewertet wird, so daß die DDR-Unternehmen die ausländische Konkurrenz mit niedrigen Preisen unterbieten können. Für diese Zielsetzung wäre ein Währungskurs 1:3 oder gar 1:4 günstiger als der Währungskurs von 1:1, den das Kaufkraftargument nahelegt.

Wäre die DDR ein Land, deren Arbeitskräfte nur in sehr begrenztem Umfang abwandern können, weil sie sich in den aufnehmenden Staaten Arbeitsplätze und Wohnungen selber suchen müssen und dort außerdem als Ausländer rechtlich schlechter gestellt sind als die dortigen Inländer, dann spräche alles dafür, den niedrigeren Währungskurs zu wählen, damit die Industrie der DDR unter günstigen Wettbewerbsbedingungen ihre Arbeitnehmer weiterbeschäftigen und Exporterlöse erzielen kann. Dies entspräche den Empfehlungen auf der Basis der herkömmlichen Außenhandels- und Entwicklungstheorie. So aber ist die Situation der DDR nicht. Vielmehr besteht die besondere Situation der DDR darin, daß ihre Arbeitskräfte ohne Schwierigkeiten in die Bundesrepublik übersiedeln können, wo ihre Eingliederung sogar noch finanziell und materiell gefördert wird. Deshalb muß das Kaufkraftargument durchschlagen, und es muß ein Kurs 1:1 eingeführt und glaubhaft auf Dauer gesichert werden. Dafür ist die sofortige Vereinbarung einer Währungsunion, bei der die laufenden Zahlungen in der DDR schlagartig im Verhältnis 1:1 von Mark der DDR auf DM umgestellt werden, der beste Weg. Das Gegenargument des Sachverständigenrats (in seinem Brief an den Bundeskanzler), durch die Währungsunion würden die Einkommensunterschiede schlagartig deutlich, ist abwegig; denn schon heute kann jeder DDR-Bürger diesen Unterschied sehen.

Die Währungsunion auf DM-Basis ist der denkbaren Alternative, nämlich der Herstellung der Konvertibilität der DDR-Mark, die von einigen Teilnehmern des Zeitgesprächs favorisiert wird, deswegen eindeutig vorzuziehen, weil die DDR selber wegen fehlender Devisenre-

¹ Vgl. „Eine Wirtschafts- und Währungsunion mit der DDR?“, mit Beiträgen von Ingrid Matthäus-Maier („Für eine Währungsunion schon in diesem Jahr“), Tyll Necker („Ein Fünf-Stufen-Plan für die Wirtschafts- und Währungsgemeinschaft“), Christian Watrin („Voraussetzungen und offene Fragen einer Wirtschafts- und Währungsunion“), Rüdiger Pohl („Die Preisreform ist der erste Schritt zur Währungsunion“) und Hans-Eckart Scharrer („Schocktherapie statt Gradualismus“), in: WIRTSCHAFTSDIENST, 70. Jg. (1990), H. 2, S. 63 ff.

Prof. Dr. Jürgen Kromphardt, 56, ist Ordinarius für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Volkswirtschaftstheorie, an der Technischen Universität Berlin.

serven den Kurs ihrer Währung nicht bei 1:1 halten könnte, ohne daß sie massiv durch Interventionen der Bundesbank unterstützt würde. Dies aber würde bedeuten, daß den Bürgern der DDR keine Sicherheit darüber gegeben wird, welchen Wert ihre Einkommen in Mark gegenüber der DM und anderen westlichen Währungen auf Dauer haben werden. Außerdem hat die Währungsunion den Vorteil, daß der Modernisierungsprozeß nicht durch Zahlungsbilanzprobleme gefährdet werden kann. Verfehlt wäre eine Währungsunion allerdings bei einem niedrigeren Umtauschverhältnis, weil dies den Einkommensrückstand der DDR-Bürger auf lange Zeit zementieren würde. Das Umtauschverhältnis 1:1 ist daher als ein zentraler Punkt der Währungsunion anzusehen und sollte nicht (wie von I. Matthäus-Maier) im Konjunktiv abgehandelt werden.

Unumstritten ist, daß es eine eigenständige Notenbank der DDR nach Einführung der Währungsunion nicht mehr geben wird. Statt dessen wird die DDR (bzw. ihre Länder) im Zentralbankrat der Bundesbank, der die Geldpolitik der gesamten Währungsunion bestimmen wird, Sitz und angemessene Stimmengewichte erhalten. Die DDR verzichtet damit auf eine eigenständige Geldpolitik. Dies ist aber insofern kein schwerwiegender Verzicht, da ein kleines, in die Weltwirtschaft integriertes Land sowieso keinen großen Spielraum für eine eigenständige Geldpolitik hat. Selbst größere Mitgliedstaaten der EG wissen ein traurig Lied davon zu singen, welche geringen Spielräume ihnen für eine eigene, von dem Vorgehen der Bundesbank abweichende Geldpolitik verbleibt.

Währungsunion und Wirtschaftsreform

Viele Argumente werden gegen die sofortige Vereinbarung einer Währungsunion vorgebracht. Das wichtigste davon lautet: Eine Währungsreform dürfe erst vereinbart werden, wenn das Wirtschaftssystem der DDR reformiert worden sei. Daran ist nur richtig, daß die Währungsunion selbstverständlich mit der Umwandlung des Wirtschaftssystems in eine soziale Marktwirtschaft, so wie sie in der DDR jetzt fast von allen Parteien angestrebt wird, verknüpft werden muß. Die Reform ist jedoch keine zeitliche Voraussetzung für die Währungsunion. Vielmehr wird die sofortige Währungsunion selber einen besonders starken Reformdruck ausüben – besonders, wenn sie auf dem Umtauschverhältnis 1:1 beruht –, weil sie den Ausweg versperrt, eine unzureichende internationale Wettbewerbsfähigkeit durch Abwertung der DDR-Währung auszugleichen. Sie sollte schon deswegen nicht an die Vollendung der Wirtschaftsreform gebunden werden, weil diese notwendigerweise nur in vielen gesetzgeberischen Schritten voll-

zogen werden kann. Die von H.-E. Scharrer vorgeschlagene pauschale Übernahme des Rechtsrahmens des Wirtschaftssystems der Bundesrepublik würde zahlreiche Übergangsregelungen erfordern (z. B. im Bereich des Bodeneigentums), so daß sie schon daran scheitern würde, selbst wenn die Bereitschaft zu einem solchen „Big Bang“ bestünde.

Über die Grundsätze der notwendigen Wirtschaftsreform in der DDR, für die ein Stufenplan fest zu vereinbaren wäre, besteht weitgehend Konsens:

- Die Betriebe und Kombinate müssen in selbständige, vom Staat unabhängige Unternehmen umgewandelt werden.
- Kombinate, die keine produktionstechnischen oder anderen Größenvorteile bieten, müssen entflochten werden, damit auch zwischen den Anbietern aus der DDR Wettbewerb entsteht.
- Es muß ein von der Notenbank unabhängiges Geschäftsbankensystem aufgebaut werden. Aufgabe der Geschäftsbanken ist es, Investitionsprojekte, zu deren Finanzierung sie Kredite gewähren sollen, auf ihre Rentabilität und Solidität zu überprüfen und auf diese Weise die Investitionsmittel in volkswirtschaftlich sinnvoller Weise zu verteilen.
- Eine Preisreform muß in zwei Richtungen erfolgen: Erstens muß ein radikaler Abbau der Subventionen erfolgen, durch die bisher die Preise von Grundnahrungsmitteln künstlich niedrig gehalten wurden. Diese Subventionen verschlingen nicht nur große Summen öffentlichen Geldes, sie führen auch zu übermäßigem Konsum sowie zur Verschwendung von Nahrungsmitteln als Futtermittel und sie bieten Westdeutschen und Ausländern einen allzu großen Anreiz, sich auf Kosten der DDR zu „Spottpreisen“ mit Lebensmitteln einzudecken. Zweitens müssen in allen Bereichen (abgesehen von Wohnungswirtschaft und vermutlich Landwirtschaft) die Preise freigegeben werden, in denen Wettbewerb durch Entflechtung von Kombinat und durch Importe hergestellt worden ist. Durch den Umtauschkurs 1:1 werden die Importe die Preiserhöhungsspielräume bei den meisten Industrieerzeugnissen sehr gering halten.
- Das Steuersystem der DDR muß in drei Richtungen reformiert werden: Erstens muß die Einkommensteuer so verändert werden, daß alle Einkommensarten gleich behandelt werden (was bisher nicht der Fall ist); dabei müssen zugleich prohibitive Grenzsteuersätze abgeschafft werden. Zweitens muß das System der nach Betrieb und Erzeugerart unterschiedlichen Industrieabgaben durch eine allgemeine Verbrauchsteuer, am besten durch die in den EG-Staaten inzwischen überall einge-

führte Mehrwertsteuer, ersetzt werden. Drittens müssen die (erst noch zu bildenden) Länder und die Gemeinden über eigene, von ihnen selbst in den Steuersätzen beeinflussbare Steuerquellen verfügen. Bei diesen Reformen sollte die Annäherung an die in der EG vorherrschenden Steuerreformen und -regelungen Richtschnur sein.

Diese Reformschritte und ihre praktische Umsetzung erfordern Zeit. Die Währungsunion sollte jedoch so rasch wie möglich kommen, um ein Zeichen zu setzen. Mit ihrer Verschiebung wird nichts gewonnen, aber das Abwandern aus der DDR dauert länger an.

Zu Recht werden in der Diskussion Währungsunion und Wirtschaftsreform als Gesamtheit betrachtet. Dabei spielen in der wirtschaftspolitischen Diskussion in der DDR die sozialen Folgen der Währungsunion für die DDR-Bevölkerung eine zentrale Rolle. Genannt werden vier Problemfelder: Erstens die Absicherung des Lebensstandards der Rentner, wenn nach Abschaffung der Subventionen die Preise für Nahrungsmittel und die Wohnungsmieten ansteigen. Zweitens die Sicherung der Sparguthaben der DDR-Bürger, drittens die Sicherung eines vertretbaren Einkommens derer, die trotz Bemühungen um Umschulung und Qualifikation arbeitslos bleiben, und viertens die Sicherung der Arbeitsplätze in der DDR-Industrie, wenn diese in den Wettbewerb mit westlichen Industriewaren treten muß. Der zuletzt genannte Punkt ist natürlich auch und vor allem ein wirtschaftliches Problem.

Bevor auf die Möglichkeiten der Absicherung gegen diese vier Risiken eingegangen wird, ist festzustellen, daß das Rentenproblem nicht durch die Währungsunion selbst hervorgerufen wird, sondern durch die davon unabhängig bestehende Notwendigkeit, die DDR-Wirtschaft zu reformieren und auf eine soziale Marktwirtschaft umzustellen. Dazu gehört sowohl die Änderung des Subventionssystems von der Objektförderung auf die Subjektförderung – bei gleichzeitiger Reduktion des Gesamtvolumens der Subventionen – als auch die Freigabe fast aller Preise (ausgenommen werden sollten

auf jeden Fall die Wohnungsmieten). Die Tolerierung eines niedrigeren Wertes der Mark würde beide Probleme sogar verschärfen: Die Preise der subventionierten Güter wären für alle Personen, die nicht in der DDR wohnen, noch billiger; die Erhöhung der Preise dieser Güter in Mark der DDR dürfte entsprechend noch höher ausfallen. Die Erhaltung des realen Wertes der Sparguthaben wäre erschwert; denn die Preiserhöhungsspielräume der DDR-Betriebe sind bei einem niedrigeren Wert der Mark der DDR höher, weil die aus westlichen Staaten importierten Güter in Mark gerechnet teurer wären als bei einer Währungsumstellung 1:1.

Dagegen wird der Absicherungsbedarf gegen den Verlust von Arbeitsplätzen durch einen allzu plötzlich einsetzenden Wettbewerb westlicher Unternehmen und gegen Arbeitslosigkeit durch die Währungsunion (mit Umstellung 1:1) verschärft. Es bestehen jedoch Möglichkeiten, auch hier zu akzeptablen Lösungen zu kommen.

Absicherung der Renten

Bei den *Renten* ergeben sich Möglichkeiten der sozialen Absicherung daraus, daß die drastische Verringerung oder die Abschaffung der Subventionen für Nahrungsmittel zwar eine Erhöhung der Preise dieser Waren notwendig macht, zugleich aber die Ausgaben des Staates verringert. Diese Summen können dafür verwendet werden, zum Ausgleich für die Preissteigerungen alle Löhne und Renten zu erhöhen, so daß die Realeinkommen der Konsumenten im Durchschnitt nicht verringert werden. Die andere Variante in der Verwendung der eingesparten Summen besteht darin, niedrige Einkommen, also vor allem Renten, besonders stark zu erhöhen und damit deren reales Niveau sogar etwas zu steigern. Eine nachhaltige Heraufsetzung der Renten kann die DDR kurzfristig aus eigener Kraft nicht finanzieren. Um den Anreiz zur Abwanderung zu verhindern, ist es daher notwendig zu überprüfen, in welchem Umfang Erhöhungen des realen Rentenniveaus aus dem Bundeshaushalt finanziert werden können.

VERÖFFENTLICHUNGEN DES HWWA-INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG-HAMBURG

KONJUNKTUR VON MORGEN

Jahresbezugspreis
DM 120,-
ISSN 0023-3439

Der vierzehntäglich erscheinende Kurzbericht des HWWA – Institut für Wirtschaftsforschung – Hamburg über die Binnen- und Weltkonjunktur und die Rohstoffmärkte

VERLAG WELTARCHIV GMBH – HAMBURG

Bei den Wohnungsmieten, bei denen die Subventionen gleichfalls verringert werden sollen, bietet sich ebenfalls die Umstellung von der Objekt- auf die Subjektförderung an: Nicht die Wohnungsmieten werden verbilligt, sondern die Haushalte bekommen nach Familiengröße gestaffelt Mietzuschüsse.

Behandlung der Sparguthaben

Erfreulicherweise wird im Zeitgespräch nicht gefordert, die Währungsunion mit einem Währungsschnitt (Abwertung der Sparguthaben) zu verbinden, wie dies z.B. von einer deutsch-deutschen Arbeitsgruppe, die auf westdeutscher Seite aus DIW-Wissenschaftlern besteht, in ihrer im DIW-Wochenbericht (Nr. 6/90) vom 8. 2. 1990 abgedruckten Stellungnahme verlangt wird. Allerdings wird von I. Matthäus-Maier eine solche Maßnahme angedeutet, wenn sie davon spricht, es könne ein bestimmter Betrag von Bargeld und Sparguthaben im Verhältnis 1:1 umgetauscht werden. Daher möchte ich nachdrücklich betonen, daß die Notwendigkeit eines Währungsschnitts bei den Sparguthaben nicht besteht. Dies ist deswegen wichtig, weil ein entsprechender Währungsschnitt die Erträge harter Arbeit bei denen entwerten würde, die teils aus Sparsamkeit, teils mangels geeigneter Güter Ersparnisse angesammelt und damit die Warenknappheit nicht noch weiter verschärft haben. Um einen „Run“ auf die auf DM umbewerteten Sparguthaben zu vermeiden, reicht es nämlich aus, die Sparguthaben zwar auf DM umzustellen, aber oberhalb einer relativ niedrigen Freigrenze für eine bestimmte Übergangsfrist nur für bestimmte Verwendungszwecke freizugeben, nämlich für den Ankauf von Maschinen und Anlagen durch selbständige Handwerker und Gewerbetreibende, für den Kauf von Anteilen an privatisierten und teilprivatisierten Unternehmen, für den Erwerb von Anleihen mit mehrjähriger Laufzeit oder eventuell für den Erwerb selbstbewohnter Wohnungen.

Erst nach Ablauf der Übergangsfristen können die Sparguthaben frei verwendet werden. Eine solche Regelung verhindert eine plötzliche Ausweitung der Konsumgüternachfrage und erleichtert zugleich die Finanzierung der privaten Investitionstätigkeit.

Der Weg zur Wirtschaftsunion

Das schwierigste und wichtigste Problem besteht für die DDR in der Schaffung einer wettbewerbsfähigen Wirtschaft und der Vermeidung von hoher Arbeitslosigkeit auf dem Wege in die Wirtschaftsunion mit der Bundesrepublik und den EG-Staaten. Eine solche Wirtschaftsunion soll am Ende der Wirtschaftsreform stehen, zu deren wichtigsten Zielen es gehört, die bisher

vom Weltmarkt weitgehend abgeschottete Wirtschaft der DDR in die weltwirtschaftliche Arbeitsteilung und insbesondere in den Binnenmarkt der Europäischen Gemeinschaft zu integrieren.

An dieser Stelle enthalten alle Vorschläge, die auf ein Währungsverhältnis 1:1 durch die Währungsunion (oder auch mittels eines entsprechenden Wechselkurses bei konvertibler Mark der DDR) hinzielen, bisher eine gravierende Lücke; denn die Schaffung einer wettbewerbsfähigen Industrie und die Schaffung neuer Arbeitsplätze im Bereich des Handwerks, des Handels und der Dienstleistungen braucht Zeit. Daher darf die DDR nicht schlagartig der Konkurrenz westlicher Unternehmen ausgesetzt werden. Vielmehr zeigen die Erfahrungen der EG deutlich, daß die Integration neuer Mitgliedstaaten nur stufenweise erfolgen kann, weil die erforderlichen strukturellen Anpassungen Zeit brauchen. Deshalb sind allen in die EG neu aufgenommenen Staaten mehrjährige Übergangsfristen eingeräumt worden. So werden z.B. die Zölle zwischen Spanien und den anderen EG-Staaten (außer Portugal) gemäß dem im Juni 1985 abgeschlossenen Vertrag im Laufe von 7 1/2 Jahren stufenweise abgebaut.

Entsprechend sollte das Problem für die DDR gelöst werden. Dabei könnten für die DDR diese Fristen kürzer ausfallen, wenn das starke Engagement westdeutscher und westeuropäischer Unternehmen dort eine besonders rasche Umstrukturierung erwarten läßt.

Befristeter Zollschutz

Der Aufbau eines vorübergehenden Zollschatzes stellt für die DDR-Wirtschaft gegenüber dem jetzigen Zustand bereits eine Verbesserung dar, da der Handel der DDR bisher weitgehend *mengenmäßig* reglementiert wird, so der Handel mit der Bundesrepublik durch das Interzonenabkommen. Damit nun die DDR-Wirtschaft sich möglichst rasch an die Preisrelationen, die auf den Weltmärkten herrschen, anpassen kann, müssen derartige mengenmäßige Beschränkungen aufgehoben und durch einen Zollschatz abgelöst werden, der möglichst wenig voneinander abweichende Zollsätze vorsehen sollte, damit die weltwirtschaftlichen Preisrelationen weitgehend unverändert in die DDR-Wirtschaft hineinwirken und die DDR-Betriebe aus den Preisrelationen ablesen können, in welchen Bereichen sie Chancen haben, wettbewerbsfähig zu werden. Zu überlegen ist, ob die Zollsätze für ausländische Investitionsgüter, die für die Modernisierung der DDR-Wirtschaft dringend erforderlich sind, auf einem niedrigeren Niveau festgelegt werden sollten. Der anschließende, von vornherein zu vereinbarende stufenweise Abbau aller Zollsätze auf Null gegenüber der Europäischen Gemeinschaft zwingt

die DDR dann, alle notwendigen Reformen zügig vorzunehmen.

Als Alternative zum Zollschatz könnten Begünstigungen bei der Mehrwertsteuer (die schon jetzt für DDR-Lieferungen in die Bundesrepublik bestehen) sowie geeignete Varianten der Berlin-Präferenzen diskutiert werden. Am Ende einer Übergangsphase, die z. B. nach vier Jahren erreicht sein könnte, muß die DDR-Wirtschaft dann mit den Industrien der Europäischen Gemeinschaft wettbewerbsfähig sein. Dieses Ziel ist durchaus erreichbar, wenn man bedenkt, daß in der DDR zwar die Produktivität nur halb so hoch ist wie in der Bundesrepublik, daß aber andererseits das Lohnniveau eher weniger als halb so hoch ist. Mit anderen Worten: Die Lohnkosten je Stück sind in der DDR nicht höher als in der Bundesrepublik. Damit dies so bleibt, dürfen die Löhne in der DDR nicht sofort an das westdeutsche Niveau angepaßt werden, sondern müssen der – vermutlich beachtlich raschen – Produktivitätsentwicklung in der DDR folgen. In diesem Sinne ist eine zurückhaltende Lohnpolitik erforderlich.

Neben der mengenmäßigen Produktivität ist auch die Qualität vieler Produkte der DDR-Wirtschaft zu verbessern. Dies sollte jedoch durch massive private Investitionen in der DDR und durch eine kräftige Hilfe bei der Erneuerung der Infrastruktur der DDR in vier Jahren in erheblichem Umfang möglich sein.

Einigkeit besteht bei den Teilnehmern des Zeitgesprächs, daß eine Arbeitslosenversicherung aufgebaut werden muß, und vielleicht auch darin, daß es wünschenswert wäre, wenn die Bundesanstalt für Arbeit deren Ausgaben mitfinanzierte. Angesichts des Arbeitskräftemangels in der DDR scheint es mir aber wichtiger, Möglichkeiten zur Umschulung und Qualifikation freigesetzter Arbeitskräfte zu schaffen. In diesem Punkt ist nicht so sehr eine westdeutsche finanzielle Hilfe ausschlaggebend, sondern die Unterstützung durch Lehrpersonen und Lehrmaterial. Der DDR fehlen gerade die Fachkräfte, die eine Umschulung auf die Erfordernisse einer sozialen Marktwirtschaft vornehmen könnten!

Wirtschaftsunion als Ergebnis

Als Ergebnis läßt sich festhalten, daß nur die Währungsunion als eine einmalige Aktion angesehen werden kann, während Wirtschaftsreform und Wirtschaftsintegration einen Prozeß darstellen, der in einen festen Zeitplan eingebunden werden sollte. Auf diese Weise können die Arbeitskräfte in der DDR sicher sein, daß die Reformen erfolgen werden, die notwendig sind, damit die Produktivität ihrer Wirtschaft ansteigt und sie ent-

sprechend steigende Arbeitseinkommen beziehen werden, die sich möglicherweise ziemlich rasch an das Niveau in der Bundesrepublik Deutschland angleichen werden. Diejenigen, die einen Arbeitsplatz haben und behalten, erhalten damit einen großen Anreiz, in der DDR zu bleiben. Dies ist deshalb so wichtig, weil bis jetzt vor allem Bürger aus der DDR abwandern, die einen Arbeitsplatz haben, die also nicht von der Arbeitslosigkeit aus dem Lande getrieben werden. Es reicht mithin nicht aus, die Arbeitsplätze in der DDR konkurrenzfähig zu halten, um die Abwanderung zu verhindern, vielmehr müssen die Arbeitskräfte auf ihren Arbeitsplätzen auch ein Einkommen verdienen, das in Relation zu den in Westdeutschland möglichen Einkommen nicht zu niedrig ist.

Durch die notwendige Umstrukturierung der DDR-Wirtschaft wird es allerdings unvermeidbar zu Entlassungen kommen. Sofern es nicht gelingt, diese Arbeitskräfte durch Umschulung und Qualifikation auf neue Arbeitsplätze zu bringen, wird sich durch die Arbeitslosigkeit ein neuer Grund für die Ausreise aus der DDR ergeben. Dieses Problem aber wird sich in jedem Fall ergeben. Es kann nur dadurch gering gehalten werden, daß durch die Vereinbarung eines vorübergehenden Zollschatzes, wie ihn auch andere in die Europäische Gemeinschaft aufgenommene neue Mitglieder während einer Übergangsphase genossen haben, die allzu rasche Freisetzung zu vieler Arbeitskräfte verhindert wird.

Kosten für die Bundesrepublik

In der hiesigen politischen Diskussion spielen die Kosten der Währungs- und Wirtschaftsunion mit der DDR eine wichtige, wenn auch häufig nur unterschwellige Rolle. Deshalb ist es wichtig zu betonen, daß die Währungsunion selbst, d. h. die Ausstattung der DDR-Bürger mit DM, die öffentlichen Haushalte der Bundesrepublik nicht belastet: Es erfolgt bei der Bundesbank eine Bilanzverlängerung: Auf der Passivseite erhöht sich der Geldumlauf, auf der Aktivseite erhält sie (fiktive) Ausgleichsforderungen an den Bund.

Indirekte Kosten der Währungsunion können sich für die Bundesbürger dann ergeben, wenn der Nachfrageschub aus der DDR hier zu inflationären Tendenzen führt. Diese halten sich jedoch in Grenzen, wenn, wie vorgeschlagen,

- die Sparguthaben nur für bestimmte Zwecke freigegeben werden,
- durch die hohen Zollmauern die DDR-Bürger zunächst nur einen geringen Teil ihres Einkommens für westliche Qualitätsgüter ausgeben können und